

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/4448 —

Ausrufung der manifesten Krise für den Stahlmarkt
in der Europäischen Gemeinschaft

A. Problem

Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die Stahlkrise in der Europäischen Gemeinschaft.

B. Lösung

Einführung eines Quotensystems für den Stahlmarkt nach Artikel 58 EGKS.

Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen nach Artikel 61 EGKS.

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/4448 — abzulehnen.

Bonn, den 29. September 1993

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	Wolfgang Weiermann
Vorsitzender	Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Weiermann

1. Der Antrag — Drucksache 12/4448 — wurde in der 146. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. März 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

2. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 27. September 1993 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS/Linke Liste, bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Der Haushaltsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 24. März 1993 einvernehmlich bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste abgelehnt.

3. Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 29. September 1993 im Anschluß an eine Generaldebatte zur Lage der Stahlindustrie beraten.

Die Gruppe der PDS/Linke Liste wies darauf hin, daß sich die Situation in der Stahlindustrie seit der Überweisung des Antrags an die Ausschüsse im März 1993 dramatisch verschärft habe. Es sei deshalb dringend geboten, sich für die Ausrufung einer manifesten Krise für den Stahlmarkt in der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Hierdurch könne Zeit für erforderliche Umstrukturie-

rungsmaßnahmen gewonnen werden, um den erforderlichen Kapazitätsabbau bewältigen zu können. Die Gruppe wies darauf hin, daß das Instrument Anfang der 80er Jahre bereits erfolgreich angewendet worden sei.

Die Koalitionsfraktionen legten dar, daß die Ausrufung der manifesten Krise Anfang der 80er Jahre gezeigt habe, daß der Markt nicht außer Kraft gesetzt werden könne. Die Erfahrungen, die mit der Einführung eines Quotensystems nach Artikel 58 EGKS gewonnen worden seien, seien denkbar schlecht; die Einführung eines Quotensystems sei in einer Vielzahl von Klagen untergegangen. Das Instrument der Mindestpreise nach Artikel 61 EGKS sei nicht kontrollierbar. Zusammenfassend habe sich das Instrument der Ausrufung der manifesten Krise als strukturkonservierend erwiesen, dies könne für die heutige Situation nicht empfohlen werden. Der Antrag sei deshalb abzulehnen.

Die Fraktion der SPD macht darauf aufmerksam, daß sie einen Antrag eingebracht habe, der die Ausrufung der manifesten Krise als „Ultima ratio“ fordere. Sie könne dem Antrag deshalb weder zustimmen, noch könne sie ihn ablehnen.

4. Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, den Antrag — Drucksache 12/4448 — abzulehnen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Gruppe der PDS/Linke Liste, bei Enthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 29. September 1993

Wolfgang Weiermann

Berichterstatter

